

Der Diskurs über Bildungsferne: neueste Auskünfte zur Prekarisierung

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
W. Bertelsmann Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

(2010). Der Diskurs über Bildungsferne: neueste Auskünfte zur Prekarisierung. *Erwachsenenbildung : Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis*, 56(4), 196-197. <https://doi.org/10.3278/EBZ1004W196>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>



Der Diskurs über Bildungsferne

Neueste Auskünfte zur Prekarisierung

DOI: 10.3278/EBZ1004W196

Erscheinungsjahr: 2010
Seiten 196 - 197

Diese Publikation ist unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:



Creative Commons Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Zitiervorschlag

Der Diskurs über Bildungsferne. Neueste Auskünfte zur Prekarisierung. In: Erwachsenenbildung 04/2010. Vernetzung, S. 196-197, Bielefeld 2010. DOI: 10.3278/EBZ1004W196

BILDUNGSPOLITIK

Der Diskurs über Bildungsferne

Neueste Auskünfte zur Prekarisierung

»Die Bundesbürger sind quer durch alle Altersgruppen, sozialen Schichten und in allen Bundesländern tief enttäuscht, weil die angekündigte Bildungsrepublik von der Politik nicht ernsthaft angepackt wird.« Das konstatierte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, im Herbst 2010 bei der Vorstellung einer repräsentativen Forsa-Umfrage zur Bildungspolitik. In der Tat, die Stimmung in Sachen Bildung, das gilt für Bevölkerung und Politik, ist zurzeit nicht gut. Parallel zu der Forsa-Umfrage avancierte etwa Thilo Sarrazins Buch zum Kassenschlager, das, neben anderen populären Klagen, auch den Überdruß an dem »Mantra Bildung, Bildung, Bildung« artikuliert.

Armut als Bildungsproblem

Seit der Studie »Gesellschaft im Reformprozess« der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Dezember 2006 (vgl. »Armut und Bildung« in EB 4/06), die die neue Diskussion zur Unterschicht anstieß, wird Armut in Deutschland explizit als Bildungsproblem verhandelt. Das ist eine bemerkenswerte Entwicklung. Parallel zum Start der Globalisierungsrhetorik in den 90er Jahren und den Ermahnungen an die Adresse der ostdeutschen Neubürger, ihre Versorgungsmentalität aufzugeben und sich dem harten Daseinskampf in der Marktwirtschaft zu stellen, wurden Legenden von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft oder dem gemütlichen rheinischen Kapitalismus aus dem Verkehr gezogen. Die soziale Frage kehrte offiziell zurück, inklusive Verelendung und Subproletariat, die man jetzt »Preka-

risierung« und »Prekariat« zu nennen hat. Rotgrün installierte eine staatliche Armuts- und Reichtumsberichterstattung, die bislang den Trend dokumentiert, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet. Paul Nolte, ein neokonservativer Vordenker der Berliner Republik, stellte in seiner Studie über »die Deutschen und den neuen Kapitalismus« (2006) die unübersehbare Zunahme der Armut fest: »In vieler Hinsicht haben wir uns von der Mittelschichtgesellschaft wieder in die Richtung einer Klassengesellschaft bewegt.«

Die Klassengesellschaft, das alte Thema der Sozialdemokratie, ist also wieder da. Doch den gesellschaftlichen Skandal soll man, so die Einlassungen führender Sozialdemokraten wie Beck oder Müntefering zu Zeiten der großen Koalition, nicht als Offenbarungseid der sozialen Marktwirtschaft, sondern als mangelnde Aufstiegs- und Bildungsbereitschaft der Betroffenen interpretieren. Mit der öffentlich inszenierten Unterschichtdebatte wurden dann zwar allerlei Fragen der Political Correctness im Blick auf den gesellschaftspolitischen Klärungsbedarf aufgeworfen, doch im Endeffekt hat sich diese Interpretation – wer will, der kann! – als maßgeblicher Blickwinkel befestigt, und inzwischen ist die Rede von den »bildungsfernen« und »politikfernen« Bevölkerungsgruppen im politischen Raum etabliert. Diese Problemgruppen stellen demnach eine Herausforderung für das Bildungssystem dar: Würden sie sich beteiligen und integrieren, würde sich ihr sozialer Status verbessern. De facto betreiben sie jedoch das Gegenteil, so die Ansicht der Experten, die mittlerweile schon darüber diskutieren, ob die Marginalisierung im

Bildungs- und Beschäftigungssystem erblich ist (vgl. »Bildungsvererbung« in EB 3/08).

Das »Mantra Bildung«

Da liegt es nahe, dass ein anderer prominenter Sozialdemokrat die Konsequenz aus solchen Schuldzuweisungen zieht und im Blick auf die Unterschicht mit (muslimischem) Migrationshintergrund, aber auch darüber hinaus festhält: »Die Kombination aus Bildungsferne, Männlichkeitswahn, Arroganz gegen Frauen und Gewalt ist erschütternd. Ein wirksames Rezept dagegen ist noch nicht gefunden. Allein das Mantra Bildung, Bildung, Bildung verfängt da nicht.« (Sarrazin) Es muss, so die Schlussfolgerung, bevölkerungs- oder migrationspolitisch gegengesteuert werden; es hilft nicht, Bildungsangebote auszubauen und zu verbessern. Letzteres sei eine Vorstellung, die Gutmenschen unter Verkennung der wahren Gegebenheiten hegen: »Unterschiedlichste Träger mögen hier viel Kompetenz und Energie einbringen, doch die scheinen verschleudert in einem System, das krank ist, in dem man einem Siebzehnjährigen Kompetenzen vermitteln will, die man dem siebenjährigen Kind zu vermitteln versäumt hat.« (Sarrazin)

Was Sarrazin besonders ärgert, sind Maßnahmen, die den bildungsfernen Zielgruppen beim Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem, etwa durch Anstrengungen der Jugend- und Erwachsenenbildung, helfen wollen: »Wer bis zum Ende der Schulpflicht nicht die Grundqualifikationen für eine Lehrstelle erworben hat, für den ist grundsätzlich die Erziehung durch den Arbeitsmarkt, an dem er gezwungen ist, sich den Lebensunterhalt selbst zu erwerben, die bessere Lösung. Viele Sozialisationsdefizite und Motivationsprobleme lösen sich durch den Druck der Umstände von selbst auf.« (Sarrazin) Soziale Notlagen, dahin hatte die Republik sich vorgearbeitet, sind nicht als ein Defizit der hiesigen Gesellschaftsordnung zu sehen, sondern als individuelles Versagen; sie

sind einer mangelhaften Einstellung der Betroffenen, an erster Stelle dem defizitären Bildungswillen, anzulasten. Jetzt macht sich der Zweifel breit, ob hinter dem fehlenden Willen nicht eine prinzipielle, vielleicht sogar biologisch begründete Unfähigkeit steckt, sich angemessen einzubringen.

Fundgrube für Stammtischparolen

Sarrazins Buch (s. die Rezension auf S. 224), eine Fundgrube aller Stammtischparolen, macht solche Vorstellungen salonfähig, und zwar im buchstäblichen Sinne: Gelesen wird es wohl eher von einer bildungsbürgerlichen Schicht, die sich zunehmend traut, ihren Unmut über den Bodensatz der Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Dass es einen marginalisierten Überhang an Arbeitsbevölkerung gibt – Marx nannte diese typisch marktwirtschaftliche Erscheinung »Pauperismus«, das »Invalidenhaus der aktiven Arbeiterarmee und das tote Gewicht der industriellen Reservearmee« – möchte man als Vorwurf loswerden: Es gibt immer mehr Leute, die zu nichts nütze sind und stattdessen sogar als Störfall in Erscheinung treten. Noch wird solchen Tönen von der politischen Klasse widersprochen. Politiker, Wissenschaftler und Medien haben sich von der offen betriebenen Form der Ausgrenzung distanziert. Doch zeigt sich hier zugleich, dass man vor allem den provozierenden Ton, den gewollten Bruch mit der Political Correctness, zurückweist; in der Sache gibt es schon eine Menge Zustimmung.

Hinzu kommt, dass mit dem Sparprogramm des Bundes, das jetzt angelaufen ist, entgegen den ursprünglichen Ansagen auch im Bildungsbereich gespart wird, etwa bei der politischen Erwachsenenbildung (s.u.) oder bei den Weiterbildungsmaßnahmen, die bislang von der Bundesagentur für Arbeit gefördert wurden. Bei der Weiterbildung für Arbeitslose soll sogar ein besonders großer Betrag der Sparleistungen erbracht werden – Einsparungen, die jetzt, nachdem zwei bis

drei Jahre lang wegen immer wieder festgestellter Systemrelevanz Milliarden Euro öffentlicher Mittel in die Privatwirtschaft gepumpt wurden, zur Herstellung solider Haushaltsführung unerlässlich sind. Und die Hartz-IV-Reform vom Herbst 2010 ging selbstverständlich von dem Befund aus, dass man an der Lebenslage von Millionen armen Menschen nichts ändern kann und braucht. Ein Euro monatlich, das ist jetzt amtlich nachgerechnet, reicht z.B. für Weiterbildungsausgaben.

Das Verfassungsgericht hatte zwar bei Hartz IV das Berechnungssystem und speziell die Lage der Kinder moniert. Doch nahm die Bundesregierung dies nicht zum Anlass, sozial nachzubessern – mit einer Ausnahme: Beim Nachwuchs soll etwas getan werden, damit seine Teilnahme am Schulleben nicht von vornherein auf Ausgrenzung programmiert ist. Dazu kam die glorreiche Idee einer Bildungs-

Chipkarte auf, die, genau dosiert, den Zugang zu bestimmten Leistungen eröffnet. Eine gute Idee, hieß es in der schwarzgelben Koalition, auch wenn es sich aus zeitlichen Gründen wohl nicht realisieren lässt, worauf CDU-Politiker gleich hinwiesen (so der Stand im Oktober, vgl. FAZ, 4.10.10). Irgendetwas wird man den Kindern wohl bieten, schon um dem BVG-Entscheid Genüge zu tun. Und das wäre dann ganz im Sinne Sarrazins, der weiß, dass sich bei Siebenjährigen Bildungsinvestitionen noch lohnen. Ist die Humanressource aber ausgewachsen und hat sich als nutzlos, da nicht nachgefragt, erwiesen, kann man sich Bildungsangebote schenken. Hier ist dann der »Druck der Umstände« der beste Lehrmeister und Weiterbildung ein Luxus, den sich derjenige leisten soll, der es kann.

Johannes Schillo

»Am Puls der Zeit«

Neu erschienen ist die Publikation »Am Puls der Zeit. Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB und Aktualisierende Ergänzungen« der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB). Das zehnjährige Bestehen der »Konvention der AKSB« war Anlass, Grundlage und Leitbild zu überprüfen. »Die Konvention und ihre Aktualisierung stellen wichtige Bausteine im Prozess der sich weiterentwickelnden Professionalisierung politischer Bildung katholischer Träger dar«, umschreibt der AKSB-Vorsitzende Dr. Alois Becker die Neuerscheinung. »Mit diesem Text können wir unseren Partnern eine zeitgemäße und zukunftsorientierte Arbeitsgrundlage unserer AKSB-Mitgliedereinrichtungen präsentieren.«

Enthalten sind in dieser Publikation drei Geleitworte der für die AKSB zuständigen Ansprechpartner in Bundesregierung und Kirche: In unterschiedlicher Weise unterstreichen Bundesministerin Dr. Kristina Schröder, Bundesminister Dr. Thomas de Maizièrre und Erzbischof Dr. Reinhard Marx den Stellenwert und die Notwendigkeit der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung: Bei der Lösung der anstehenden Probleme des 21. Jahrhunderts komme, so Erzbischof Dr. Reinhard Marx, der katholisch-sozial orientierten politischen Bildungsarbeit eine wichtige Schlüsselfunktion zu, um einen wertebewussten Dialog über die Lösungsmöglichkeiten zu führen. Bundesministerin Dr. Kristina Schröder spricht mit Blick auf die neue Publikation von einem Meilenstein für wertorientierte Bildungsarbeit. Nach der Ansicht von Bundesminister Dr. Thomas de Maizièrre sei die katholisch-sozial orientierte Bildungsarbeit der AKSB unverzichtbar. Die Publikation kann unter www.aksb.de heruntergeladen oder bei der AKSB kostenlos bezogen werden (schuck@aksb.de).